



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/HI/124

11. Oktober 1948

Die Wiedergutmachung "antifaschistischer Unrechts"

Von Georg Alexander

Es bedarf nicht eines künftigen Historikers, um zu erkennen, daß im Mitsommer dieses Jahres die moralische und materielle Wiedergutmachung an jenen vergangenen Größen eingesetzt hat, auf die das "Dritte Reich" sich stützte. Diese bedeutsame Tatsache fällt zeitlich mit dem Zusammenbruch der Entnazifizierung zusammen. Der innere Zusammenhang beider Erscheinungen ist ganz sinnfällig.

Der Beginn dieser Art von gesetzmäßiger Wiedergutmachung bedeutet praktisch auch das Ende des Antifaschismus, wenn man darunter eine das Volk in seiner Gesamtheit beherrschende politische Bewegung verstehen will, die alle jene Kräfte zur Ausmerzungen mobilisiert, welche Nationalsozialismus und Militarismus zurückgelassen hatten. Wenn bekannt wird, daß ein seit 1945 umkämpftes Gesetz über die Wiedergutmachung an Opfern des Nationalsozialismus nur im zeitgemäßen Handelsverfahren der Kompensation gegen ein Gesetz über Pensionszahlungen an ehemalige Wehrmachtsoffiziere durchgebracht werden konnte, so erhält man einen klaren Begriff, wie tief in den bürgerlichen Parteien, die diesen Handel forderten, die Sorge um das materielle Wohlergehen derjenigen verwurzelt ist, die durch ihr Ausharren in führenden Stellungen mindestens insoweit schuldig geworden sind, als sie den Rechtsanspruch auf lebenslange Pensionszahlungen verwirkt haben.

Dem Antifaschismus ist es bisher nicht gelungen, auch nur die durch nationalsozialistisches Unrecht verloren gegangenen Positionen wiederzugewinnen. Der frontale Angriff der anderen Seite hat dagegen schon jetzt bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen. Wer von Spruchkammern rein gewaschen ins bürgerliche Leben zurückkehrt, strengt eine gerichtliche Klage an, um den alten Beamtenplatz zurückzuerlangen, Pensionen ausbezahlt zu erhalten und die Verfügungsberechtigung über das Vermögen wiederzuerlangen. Das politische Versagen der in formaljuristischen Kategorien denkenden Spruchkammern ebnet den "geschädigten" Nationalsozialisten die Bahn, um in die "alten Rechte" wieder einzutreten. Der Beamte erhält den Anspruch auf den Posten zuerkannt, zu dem er als Nationalsozialist avanciert war oder es wird ihm gerichtlich eine normale Pension mit Nachzahlungspflicht seit 1945 oder ihm eine volle Entschädigung für den ausgefallenen Ver-

denst als Unternehmer zugebilligt, die der treuhänderische Verwalter seines Betriebes zu tragen hat.

Diese materielle Wiedergutmachung wird psychologisch unterstützt durch eine Fülle von Publikationen, in denen sich vergangene Größen selbst bespiegeln oder von geschickten Federn dargestellt werden. Das plötzliche zahlenmäßige Anwachsen derartiger ganz auf Sensation berechneter Erscheinungen ließe den Vergleich mit einer Flut zu, wenn man nicht in Voraussicht kommender Dinge gehalten wäre, von einer Vorflut zu sprechen, die den Einbruch des Elements erst ankündigt. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Schacht rechnet mit Hitler ab. Aber er sieht die Geschichte nicht, wie sie tatsächlich verlaufen ist, sondern er stellt sie so dar, wie es ihm für seine Rehabilitierung am günstigsten erscheint. Memoiren? Ja!, wenn sie von Männern verfaßt sind, die sich ehrlich das Eingeständnis ihrer Schuld abgerungen haben und nun, einer Gewissenspflicht folgend, geläutert vor das Volk treten. Nein!, wenn es sich um politische Eingeizlinge handelt, die zur eigenen Rechtfertigung Zusammenhänge und auch Tatsachen verfälschen, im übrigen aber so hoffnungslos kompromittiert sind, daß Schweigen der letzte Dienst sein sollte mit dem sie ihre Schuld abzutragen versuchen.

Schacht wird gewiß nicht der letzte in der langen Reihe der Säulen des Naziregimes sein, der das demokratische Recht der Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nimmt, das während der bittersten und folgenschwersten Periode unseres Volkes beseitigt zu haben, auch mit auf sein Konto geht. Schon steht aber auch der Dämon über auf einer neuen Illustrierte entblödet sich nicht, Hitler in Bildern aus seiner "Glanzzeit" zu präsentieren. Es ist sonderbar genug, daß Hitler als Mensch und Gestalt drei Jahre lang selbst in der antifaschistischen Publizistik fast tabu war. Seine Taten und Äußerungen wurden wohl verzeichnet, an eine Deutung des Menschen, an ein Persönlichkeitsbild, hat sich noch niemand herangewagt. Daß Hitler in dieser Hinsicht auch von alliierter Seite geschont wurde, weist auf ein ernstes politisches und psychologisches Problem hin. Tief bedauerlich wäre es, wenn das deutsche Volk nicht auf eine Weise mit ihm fertig würde, die der Größe des in seiner Person beschlossenen historischen Verhängnisses entspricht, und ihm stattdessen eine Weckerkehr in der romantischen Verbrämung der Magazinbilder und in der Verlogenheit von Sensationsvortrag gestattete.

General de Gaulle im Angriff

Innenpolitische Ziele - Außenpolitische Folgen

A.F. Paris, im Oktober

Die Zukunft der Französischen Republik ist nicht nur eine innerfranzösische Angelegenheit, sondern eine Frage von europäischen Interesse, da die Entscheidungen in Paris sehr stark die kontinentale Entwicklung zu beeinflussen vermögen. Frankreich steht heute an einem wichtigen Wendepunkt. Die augenblickliche Unsicherheit in Wirtschaft und Politik ist auf die Dauer untragbar. Es bleibt nur die Wahl zwischen einer stabilen Regierungsmehrheit im Rahmen der bestehenden Verfassung und der Machtergreifung General de Gaulles. In diesem Zusammenhang verdient die Anfang Oktober von dem General abgehaltenen Pressekonferenz gerade in Deutschland etwas mehr Beachtung, als sie bisher in der kurzen meldungsmäßigen Wiedergabe zum Ausdruck kam.

Nach sehr realistischer Darlegung der Katastrophenlage des Landes hat der General zum ersten Mal die Legitimität von Regierung und Parlament in Zweifel gestellt, ohne Rücksicht auf den Geist und den Wortlaut der vorläufig noch gültigen demokratischen Verfassung des Landes. Er ging so weit, zu erklären, daß er sich dann an keine Legitimität mehr gebunden fühlen werde, wenn die Kommunisten erneut in die Regierung einträten. De Gaulle unterstrich gleichzeitig, wie bei früheren Gelegenheiten, seine Absicht, auf demokratischem Wege, d.h. getragen von dem Willen der Mehrheit des Volkes, an die Macht zu kommen, versäumte aber nicht, deutlich zu verstehen zu geben, daß er sich bei weiterer Hinausschiebung der verfassungsmäßig noch nicht fälligen Neuwahlen völlige Handlungsfreiheit vorbehalte. Eine gaullistische Regierung - so schließt man aus alledem - wird den Kommunisten die parlamentarische Tätigkeit nicht untersagen, jedoch entschlossen sein, jeden Widerstand gegen ihre eigene Politik rücksichtslos zu brechen. Es besteht unter diesen Voraussetzungen kein Zweifel, daß der Gaullismus dann das Verbot der kommunistischen Partei und wahrscheinlich auch das der kommunistisch beeinflussten Gewerkschaftsverbände kaum wird vermeiden können.

Nicht weniger kompromißlos waren die außenpolitischen Ausführungen des Generals. Er forderte zunächst von den anderen Mächten weitgehende Konzessionen an Frankreich und vor allem die Organisierung der westeuropäischen Verteidigung um den Mittelpunkt Paris. Es sei bemerkt, daß dieser Wunsch mit den gegebenen Machtverhältnissen nur schwer vereinbar erscheint. Der General hat ferner bestätigt, daß er seiner Deutschlandpolitik treu geblieben ist: Aufbau autonomer, souveräner deutscher Staaten im Westen, etwaige spätere Bildung eines losen deutschen Staatenbundes und eine Einordnung in eine westeuropäische Föderation. Die Vereinbarungen von London sind für de Gaulle eine ebenso große Absurdität wie die Abwesenheit Frankreichs von Köln. Die Bereinigung der deutschen Ländergrenzen müßte nach seiner Ansicht von der Ausdehnung der französischen Zone bis zur Ruhr begleitet sein. Bei dieser Einstellung kann man unschwer die außenpolitischen Rückwirkungen einer Regierungsbildung durch General de Gaulle in Frankreich ermessen.

Die Pressekonferenz des Generals fand eine recht kühle Aufnahme. Selbst ihm nahestehende Zeitungen wie "Epoque" und "Aurore" enthielten sich besonderer Kommentare. Die Regierungspressen war natürlich betont ablehnend. Das Blatt der Volkerepublikaner "Aube" sprach von der Einführung eines "Neofrankistischen Regimes", während die unabhängige "Mondé" auf die Überzeugung des Generals hinwies, daß er jetzt ebenso Recht haben müsse wie 1940, als er sich gegen das Frankreich Pétains erhob und hinzufügt, daß es "diese Überzeugung ist, die ihn mitunter Wahrheit und Billigkeit vergessen läßt". Im linksstehenden "Combat" bringt der Herausgeber Claude Bourdet seine Zweifel über den demokratischen Charakter der Absichten und Ansichten des Generals zum Ausdruck.

In politischen Kreisen rechnet man allgemein damit, daß die gaullistische Bewegung, die in dem im November durch indirekte Wahl neu zu ernennenden Rat der Republik zahlreich vertreten sein wird, systematisch den Versuch unternommen wird, mit der negativen Unterstützung der Kommunisten, alle von der Nationalversammlung an den Rat überwiesene Gesetzesvorlagen mit absoluter Mehrheit abzulehnen, so daß dieselben nur in Kraft gesetzt werden können, wenn sie von der Nationalversammlung in zweiter Lesung ebenfalls mit absoluter Mehrheit bestätigt werden. Da es der jetzigen Koalition kaum gelingen dürfte, für die wichtigsten Vorlagen diese qualifizierte Mehrheit zu finden, würden die Gaullisten zusammen mit den Kommunisten die parlamentarische Arbeit lahmlegen und auf diese Weise Neuwahlen erzwingen.

Taktlosigkeiten oder mehr?

W.B. Berlin, 11. Oktober

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte in der vergangenen Woche einige Unklarheiten zu beseitigen, die durch die Haltung des Stellvertreters des amtierenden Oberbürgermeisters Dr. Friedensburg und eines Teiles seiner Parteifreunde entstanden waren. Es handelte sich um zwei Fragen. Einmal war der Versuch gemacht worden, die Abberufung des kommunistischen Stadtrates Waldemar Schmidt durch formaljuristische Spitzfindigkeiten auf die lange Bank zu schieben. Zum anderen waren die Vorbereitungen der im November fälligen Neuwahlen nicht mit der nötigen Energie betrieben worden. Beide Punkte wurden schließlich durch ein einmütiges Votum der drei demokratischen Parteien klar entschieden.

In der damit abgeschlossenen Diskussion hat man es hier und dort der Sozialdemokratie verübelt, daß sie die eingetretenen Unklarheiten offen ausgesprochen. Zu den sich in Berlin widerspiegelnden internationalen Problemen kam der Fall Friedensburg. Ihm mußte klar

gemacht werden, daß er sich bei Entscheidungen zurückhalten und zumindest im ernstesten Einverständnis mit dem gewählten Oberbürgermeister und Vertreter der größten Partei zu handeln habe.

Zur politischen Klärung wird nicht beigetragen, wenn jetzt Lobeshymnen auf den Mut und die Entschlußkraft des CDU-Bürgermeisters in die Welt hinausposaunt werden. Es gibt andere Berliner Politiker, die sich diese Eigenschaften nicht so ausdrücklich bestätigen zu lassen brauchen. Vor allem kann nicht viel Gutes dabei herauskommen, wenn man die Parolen der Einheit bereits gegen die SPD ausspielen will. Das erinnert unangenehm an jene traurige Periode, in der bürgerliche Parteiführer in den Vorzimmern des kommunistischen Volkskommissars antichambrierten und die Sozialdemokraten ob ihrer angeblichen Sturheit in Bezug auf die unerlässlichen Voraussetzungen die deutsche Einheit angriffen.

Auch im Westen zeigt sich während des gegenwärtigen Wahlkampfes wieder einmal, daß gewissen Leuten jedes Mittel recht ist, wenn sie glauben, damit der Sozialdemokratie etwas am Zeug flicken zu können. Es handelt sich um Leute, die sich aufführen, als hätten sie die Interessenwahrung der Nation gepachtet, während sie in Wirklichkeit ihre eigenen Interessen mit denen des Volkes verwechseln. Ihnen ist es offenbar peinlich, daß die Sozialdemokratie an der Spitze des Kampfes in und um Berlin steht. Es gibt aber nur einmal keine andere Partei von auch nur annähernd gleicher Geschlossenheit einer alle Zonen durchbrechenden Organisation und Politik. Diese Partei erhebt keinen Totalitätsanspruch und ist, wie das Berliner Beispiel zeigt, zu loyaler Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften durchaus bereit. Sie maßt sich keine Kommandostellung an, aber sie läßt sich auch nicht mit einer Hausdienerrolle abspesen.

Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die von der CDU verbreitete Parole, von einer führenden Rolle der Sozialdemokratie im Berlin-Kampf könne keine Rede sein, unrichtig ist. Die CDU scheint das eindeutige Ergebnis der Wahlen vom 20. Oktober 1945 vergessen zu haben. Es wird am 15. Dezember überprüft werden. Die Berliner SPD, die vor zwei Jahren die Hälfte aller Stimmen erhielt, ist ohne Zögern für Neuwahlen eingetreten, wenn irgend möglich in der ganzen Stadt, in den Westsektoren aber auch dann, wenn die Russen ein formelles Verbot für ihren Sektor erlassen sollten. Wenn von gegnerischer Seite auf angelegliche "Steigbügelhalterdienste" der SPD bei der Errichtung der östlichen Terrorherrschaft hingewiesen wird, so ist auch das sehr töricht oder bewußt irreführend. Man weiß heute überall, daß es sich bei der Zwangsvereinigung im Frühjahr 1946 um einen mit Drohungen, Verhaftungen und anderen Gewaltmaßnahmen erpressten Vorgang handelte. Gewiß hat es einige damals führende Mitglieder der Sozialdemokratie gegeben, die nicht hielten, was sie versprochen und was man von ihnen erwarten durfte. Gewiß hat es zu jener Zeit auch allerlei Beichtgläubige gegeben. Diese Erscheinungen treten jedoch völlig in den Hintergrund angesichts der Tatsachen

der vergangenen zweieinhalb Jahre.

In Berlin hat sich die SPD durch ihre Politik das Vertrauen der Bevölkerung immer wieder neu erworben. Sie besitzt es gerade heute in ausgesprochenem Maße. Das mag denen unbequem sein, die in erster Linie an eine kapitalistische Restauration denken. Aber sie werden die Tatsache damit nicht ändern, auch nicht dadurch, daß sie den Versuch machen, die demokratischen Sozialisten und terrorisierten Kommunisten in einen Topf zu werfen. Dabei handelt es sich schon um erheblich mehr als um Taktlosigkeiten, keinesfalls aber um einen Beitrag zu der solange zweifellos erfreulichen Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte.

Ein sehr feiner Herr

sp. "Wir mögen Gesindel sein und nicht das Kraftwort eines Kesselflickers wert. Aber man kann uns nicht mit jener Gruppe von Kriegsdienstverweigerern und Landesverrättern, Pastarden und halben Kommunisten in einen Topf werfen, die die Kühnheit besitzen, sich für etwas zu halten, was sie nicht sind - eine britische Regierung".

Großen Beifall soll, so heißt es in einem Bericht über den konservativen Parteitag in England, diese gewählte Ausdrucksweise des Mr. Fountaine, eines offenbar sehr feinen Herren, gefunden haben. Deutsche Gäste zum Studium englischer politischer Sitte waren wohl nicht anwesend, oder wenn sie zugegen waren, hat der ehrenwerte Mr. Fountaine vielleicht nur zeigen wollen, wie man es nicht machen soll. Immerhin stellt man schmunzelnd fest, daß wir solche Töne auch in ungherischer Deutlichkeit bisher noch nicht einmal aus Bayern gehört haben, wenn von Preußen oder seinen Nachfolgestaaten die Rede war. Im Gegenteil: Neulich hat der bayerische Landtag, sogar der Berliner Bevölkerung Dank und Bewunderung ausgesprochen. Vielleicht schicken die Engländer einmal zur Abwechslung eine kleine Studienkommission nach München zu einem Kursus in politischer Anstandslehre.

Ernsthaft gesprochen: Wir brauchen uns an besagtem Herrner kein Beispiel zu nehmen. Aber wir wollen auch nicht so schrecklich empfindlich sein, wenn einmal jemand bei uns im Ton daneben greift. So massiv wie Mr. Fountaine werden wir ohnehin nicht, weil wir viel zu eifrige Schüler der beispielhaften Einrichtungen der englischen Demokratie sind...

Dr. Hubert Ripka in London

Unter dieser Überschrift wird der "Neuen Volkszeitung" aus London geschrieben:

Es gibt doch eine ausgleichende Gerechtigkeit. Dr. Hubert Ripka, der Chef-Propagandist für die Austreibung von 15 Millionen Deutschen und Ungarn, ist heute selber ein Flüchtling. Nach seiner Meinung mussten die Sudetendeutschen aus dem Lande gejagt werden, weil sie gegen das Vordringen des Nationalsozialismus zu wenig Widerstand geleistet haben. Er selber tauchte aber kurze Zeit nach den kommunistischen Entsch. in der Tschechoslowakei wohlbehalten in Paris auf. Von dort hat er kürzlich eine politische Erkundungsfahrt nach London unternommen.

Laut "Sunday Times" vom 22. August hat Dr. Ripka erklärt, dass die Exil-Tschechen diesmal keine Auslandsregierung bilden wollen. Sie wollen sich vielmehr mit der Bildung von National-Ausschüssen in Frankreich, England und USA befassen, Informationen verbreiten und Flüchtlingsfürsorge betreiben. Jeder Kenner der tschechischen Politik wird über diesen plötzlichen Ausbruch von Bescheidenheit überrascht sein. Aber die Erklärung ist einfach: die Trauben hängen zu hoch. Niemand denkt daran, eine neue tschechische Auslandsregierung zu finanzieren.

Das goldene Zeitalter der zweiten tschechischen Emigration ist vorüber. Zwischen 40 und 50 Millionen Pfund Sterling hat sie aus den englischen Gewissensbissen über die Münchener Entscheidung herausgeholt. Mit diesen Geldern wurde eine vollzählige Regierung von über einem Dutzend Ministern und Staatssekretären bestellt, die zeitweise 800 Beamte und Angestellte beschäftigte. Bei der kleinen Auslandsarmee von 3.000 Mann wimmelte es von Obersten und Generälen. Neben dem militärischen Nachrichten-Apparat gab es auch eine zivile Spionage-Abteilung, die dem sogenannten Innenministerium unterstand und sich mit der Bespitzelung politischer Opponenten der Auslandsregierung beschäftigte. Nach dem Geständnis eines Beteiligten wurden für die Bekämpfung der exilierten sudetendeutschen Sozialdemokraten allein hundert Pfund Sterling pro Monat ausgegeben.

Die Gehälter der tschechischen "Auslandskämpfer" waren nicht zu knapp bemessen. Ein Mitglied des "Staatsrates" bezog 75 Pfund Sterling pro Monat, um ein Drittel mehr als ein "gewöhnlicher" englischer Abgeordneter. Die Gehälter tschechischer Minister lagen über 1.000 Pfund im Jahr. Alle diese Einkommen waren steuerfrei. So kam es, dass die Minister der englischen Krone eigentlich schlechter dran waren als ihre Gäste.

In England dauert es immer etwas länger, bis sich solche Dinge politisch auswirken. Als aber letzthin in "Hitchell" angeklopft wurde, ob man wieder hochoffizielle tschechische Gäste haben möchte, lautete die höfliche Antwort "No". Es ist noch zu gut in Erinnerung, dass die zweite tschechische Emigration mit englischem Geld russische Politik gemacht hat. Darum konnte Dr. Ripka am Ende seines kurzfristigen Aufenthaltes wahrheitsgetreu erklären, dass es diesmal mit einer dritten tschechischen Auslandsregierung keine gemeinsame Sache hat. Am wenigsten bei den Engländern.

Verantwortlich: Peter Raunau